

Zur Situation der Partei

REFERAT VON DUFHUES AUF DEM 11. BUNDESPARTEITAG DER CDU IN DORTMUND AM 5. JUNI 1962

„DUFHUES:

Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir durch die Wahl zum Geschäftsführenden Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands entgegengebracht haben. Nur zögernd übernehme ich die mir zugedachte Aufgabe, denn, ich weiß um die Schwierigkeiten meines Amtes und mache mir keine Illusionen. Aber ich bin bereit, (Beifall.) weil ich mich der Sache der Christlich-Demokratischen Union zutiefst verpflichtet fühle - mehr als den Ämtern, die Gemeinde, Land und Bund dem Politiker bereithalten, mögen solche Positionen auch im öffentlichen Bewusstsein höheren Rang und gefestigtere Tradition haben. Über die Zukunft unseres Vaterlandes entscheiden nicht in erster Linie Positionen dieser Art, sondern die politische Kraft und der Erfolg der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union. (Beifall.)

Möge niemand in dem Bewusstsein den Heimweg antreten, mit der Änderung unserer Satzung und der Wahl eines Präsidiums und eines Geschäftsführenden Vorsitzenden das Seine zur Stärkung der Union getan zu haben. Was heute geschehen ist, ist nur ein Anfang. So sehr ich mich bemühen werde, die CDU in allen Teilen mit Leben zu erfüllen, ihre Aktivität und Ausstrahlungskraft zu erhöhen und die politische Führungsaufgabe der Union nicht nur für die Zeit des Wahlkampfes sicherzustellen - was aus unserer Partei wird, hängt nicht so sehr von mir und den Mitgliedern des Präsidiums ab, sondern vor allem von Ihnen und Ihrer Alltagsarbeit, von Ihrem Können und Ihrem Fleiß, Ihrer

Lauterkeit und Ihrem Mut, Ihrer Opferbereitschaft und ihrer Überzeugungskraft.

Während der letzten Wochen sind innerhalb und außerhalb unserer Gemeinschaft Fragen an die CDU gerichtet worden. Ich will versuchen, die eine und andere zu beantworten. Sie werden sicherlich Verständnis dafür haben, dass nicht wenige Fragen unbeantwortet bleiben.

1. Die Christlich-Demokratische Union ist die Partei des Aufstiegs aus der Not der katastrophalsten Niederlage unserer Geschichte. Immer werden der Name unserer Partei und der Name unseres Bundeskanzlers Dr. Konrad Adenauer mit diesem in der Geschichte einmaligen Ereignis verbunden bleiben. (Beifall.)

2. Die Christlich-Demokratische Union ist eine moderne und fortschrittliche Partei. Sie hat - als einzige Partei nach dem Krieg - eine neue Konzeption gehabt, nämlich die Union der christlich gesinnten Menschen ohne Unterschied der Konfession, die Freiheit in Leben und Wirtschaft - Zeugen dieser Freiheit sind die nahezu 4 Millionen Flüchtlinge aus der Zone - und die Teilnahme aller am Wohlstand. Die Christlich-Demokratische Union hat diese Konzeption nicht nur gehabt und verkündet; sie hat sie zum größten Teil verwirklicht.

Unsere Außenpolitik — in Verbindung auch mit der Wehrpolitik — ist so realistisch und überzeugend, dass sie im Wesentlichen schließlich von den beiden anderen Parteien auch übernommen worden ist, nachdem diese Parteien ihre eigenen Pläne als unrealistisch zu den Akten legen mussten. Das

Godesberger Programm bedeutet im Grunde die Kapitulation der SPD vor der Politik der CDU. (Lebhafter Beifall. - Bravo-Rufe.)

Der Erfolg unserer Wirtschaftspolitik wird allgemein - auch vom Godesberger Flügel der SPD - anerkannt. Und schließlich hat unsere Gesellschaftspolitik dazu geführt, dass die gesellschaftspolitischen Ideale des 19. Jahrhunderts entweder Lügen gestraft oder aber in langsamer Auflösung begriffen sind. Die Wirtschafts-, Sozial- und Eigentumspolitik der CDU hat das Klassendenken überwunden und den Proletarier abgeschafft. (Beifall.)

Als moderne und fortschrittliche Partei ist die Christlich-Demokratische Union eine Partei der Jugend. Keine Partei hat in der Jugend unseres Volkes stärkere neue politische Impulse gegeben als die Union. (Beifall.) Ich erinnere an die Idee der politischen Einigung Europas. Keine Partei hat von der Jugend mehr Bereitschaft zum Dienen und zum Opfer verlangt. Ich erinnere an die Einführung der Wehrpflicht und den Aufruf zur gemeinsamen Verteidigung der Freiheit. Darum - auch weil sie Dienst und Opfer verlangt - ist die CDU eine Partei der Jugend und die Junge Union die größte politische Nachwuchsorganisation der Bundesrepublik. (Beifall.) Dieser Jugend und der Jungen Union eine möglichst große Chance zu geben, -ist unsere Aufgabe. Von der Jugend erwarten wir, dass sie überzeugt - durch Charakter, Haltung und Leistung.

3. Die CDU ist die einzige Partei, die klare geistige Grundlagen hat. Die SPD ist auf - dem schwierigen Weg, das altererbte marxistische Fundament zu verlassen - ob aus Gründen der Taktik oder gewandelter Überzeugung, ob nur in programmatischen Verlautbarungen oder mit Zustimmung ihrer Mitglieder und Anhänger, das wird sich voraussichtlich nach den nächsten Bundestagswahlen entscheiden. Carlo Schmid sagte schon vor Jahren in Hamburg, dass die SPD nicht die geistige Heimat ihrer Mitglieder sei. Aber welches Fundament ist denn an die Stelle des marxistischen getreten? Die Wehnersche Formel „die CDU solange brüderlich umarmen, bis sie erstickt“, bedeutet ja schließlich kein geistiges Funda-

ment, sondern nur ein taktisches Verhalten, ein bedenkliches Verhalten, zumal es die Parole des Wohlstandes um jeden Preis - auch um den Preis seiner Zerstörung- zur propagandistischen Waffe gegen die CDU benutzt. (Beifall. - Zurufe: Sehr wahr!)

Programme - mögen sie auch das „Godesberger“ heißen - sind oft nichts anderes als ein säkularisiertes und taktisch verbrämtes Glaubensbekenntnis, das die benötigen, die sonst keine Weltanschauung haben und die Wirklichkeit mit dem Feigenblatt eines Programms zudecken müssen. Eine moderne Partei braucht im schnellen und vielarmigen Fluss der Zeit Leitsätze, die aus klaren geistigen Fundamenten kommen und die Wirklichkeit treffen; sie braucht Persönlichkeiten, die aus solcher Grundhaltung im Wandel der Dinge richtige Erkenntnisse ziehen und sie kraftvoll durchzusetzen vermögen. Programme sind ein Requisit der ideologischen Parteien des 19. Jahrhunderts. Unsere Leitsätze aber entwickeln sich dynamisch immer wieder aus der Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit, also aus der Erfahrung. Leitsätze sind wie ein Kompass, aber sie sind kein Parteikatechismus.

Ähnlich sieht es mit dem geistigen Fundament der FDP aus, soweit man davon sprechen kann. Der alte Liberalismus gehört zum großen Teil der Vergangenheit an. Die spezialisierte Vielschichtigkeit und Massenhaftigkeit der Gegenwart zwingen zu neuen Antworten, auf die aber im Lager der FDP keine Antworten sichtbar sind. Wir müssen es insgesamt endlich einsehen: Weder Windhorst noch Friedrich Naumann, noch Karl-Marx - so verdienstvoll sie zu ihrer Zeit gewesen sein mögen - können verbindliche und umfassende Aussagen zu den geistigen Grundlagen einer Partei unseres Zeitalters machen. (Beifall.)

Bei beiden Parteien, der SPD wie der FDP, sind deshalb an die Stelle der Fundamente taktische Bemühungen getreten, an die Macht zu kommen oder an der Macht zu bleiben. Zumal aber bei den unteren und den mittleren Funktionärsschichten - und leider ist der Landesvorsitzende der FDP für Nordrhein-Westfalen ein sprechendes Beispiel -, stellt immer noch das alte und über-

holte ideologische Erbgut aus dem 19. Jahrhundert, gewissermaßen die geistige Notverpflegung dar, ohne die der geistige Hungertod eintreten würde. (Beifall.) Man sieht das, meine lieben Parteifreunde, vor allem an der Praxis auf der Ebene der Länder- und Kommunalpolitik. Und diese politische Alltagspraxis kann eben weder durch das Godesberger Programm noch durch neue Broschüren, wie man sie auch nennen möge, verwischt werden.

Die geistige Grundlage der Christlich Demokratischen Union ist das christliche Sittengesetz, das im Wesentlichen den evangelischen und katholischen Christen gemeinsam ist. Deswegen haben sich so unvergessene Männer wie Herman Ehlers und Robert Tillmanns, ebenso wie Jakob Kaiser und Karl Arnold mit ihrem Leben für diese gemeinsame Sache eingesetzt. Dass dieser Geist in der Union auch heute noch lebendig ist, das haben die vielfältigen Vorschläge unseres Freundes Gerstenmaier, das haben die Beiträge unseres Freundes Barzel gestern und heute, das, haben die vielfältigen Diskussionsbeiträge des gestrigen Tages im Arbeitskreis 111 überzeugend bewiesen. Gegenüber bewussten und unbewussten Missdeutungen sei auch hier eindeutig festgestellt: Christlich bedeutet nicht kirchlich, nicht klerikal und schon gar nicht ultramontan. Es hat nichts zu tun mit jenem verhängnisvollen Proporzdenken und der Enge eines im Grunde unchristlichen Konfessionalismus, die uns von unseren Gegnern aus durchsichtigen parteipolitischen Gründen immer wieder unterstellt werden. (Beifall.) Wenn wir uns christliche Demokraten nennen, wollen wir damit, bekunden, dass für uns das christliche Sittengesetz die bestimmende Grundlage ist - eine Grundlage, die von den meisten Deutschen - auch den Nichtkirchengläubigen - anerkannt werden kann. Das Christentum ist keine Ideologie - also keine verbindliche Pseudoweltanschauung, sondern Christentum bedeutet hier Freiheit, Toleranz, Achtung der Persönlichkeit, Weltoffenheit und Realismus. Die Christlich Demokratische Union kann, will und soll die politische Heimat aller wahrhaft freiheitlich gesinnten Menschen sein, die zugleich die Normen der christlichen Sittlichkeit anerkennen. (Beifall.) Christlich Demokratische

Union heißt, um auch das zum Überfluss zu wiederholen, nicht, dass die anderen nicht christlich wären, wie auch sozialdemokratisch nicht heißt, dass die anderen nicht sozial wären und freidemokratisch nicht heißt, dass die anderen nicht frei wären.

Als Partei aller freiheitlich gesinnten Deutschen ist die CDU allen Teilen unseres Volkes weit geöffnet, die sich zu einer solchen Grundhaltung bekennen. Um nur eine praktische Frage anzuschneiden: Mehr als in der Vergangenheit müssen wir auch das Gespräch mit Studenten, Lehrern und Professoren suchen - überhaupt mit Menschen, die im Bereich der Kunst und Kultur wirken. (Beifall.) Deshalb ist es wichtig, dass die Führungskreise der Christlich Demokratischen Union auf besonderen Tagungen mit wichtigen Persönlichkeiten des geistigen Lebens - ohne Rücksicht auf deren Richtungen - zusammenkommen, um sich befruchten zu lassen, um den geistigen Strömungen der Gegenwart näher zu sein, daraus politische Konsequenzen zu ziehen und sich gegenseitig zu informieren. Solche Aufgeschlossenheit bewahrt vor jenem elenden Pragmatismus, der nicht selten mit Uninteressiertheit im Geistigen gekoppelt ist. (Beifall.)

4. Eine politische Partei ist nach unserer Vorstellung nicht nur eine „Wahlkampfmaschine“, die vor der Wahl unter Dampf gesetzt und nach dem Wahltag aus dem Verkehr gezogen wird. (Beifall.) Unter der Verfassung des freiheitlichen Rechtsstaates kann sie andererseits keine Institution sein, von der die Gewalt des Staates und die Rechte des Parlaments ausgehen. Die westeuropäischen Parteien haben seit altersher ihren Standort zwischen diesen beiden Extremen gewählt. Dabei räumt die sozialistische Tradition den Parteien im allgemeinen einen größeren, die bürgerliche einen geringeren Einfluss auf Parlamentsfraktionen und die von ihnen gebildeten oder getragenen Regierungen ein. Die politische Mitwirkung der Bundespartei hat sich während der Legislaturperioden darauf beschränkt, die Entscheidungen von Bundesregierung und Bundestagsfraktion gutzuheißen, als Parteilinie zu übernehmen und der Öffentlichkeit gegenüber nach bestem Können zu vertre-

ten. Solange Entscheidungen noch nicht ausgereift waren, war die Partei zum Schweigen verurteilt; gelegentliche Ausnahmen bestätigen nur diese Regel.

Die Partei - als die Vertreterin ihrer Mitglieder und Wähler - wird ihren großen Aufgaben nur gerecht werden können, wenn sie ein Eigenleben hat und mehr ist als eine Hilfsorganisation der Regierung oder ein Anhängsel der Bundestagsfraktion. (Beifall.) Sie muss auch und gerade dann existieren können, wenn sie einmal - was Gott im Interesse des deutschen Volkes verhüten möge - nicht an der Regierung ist. Aber ich möchte geradezu sagen: Die Union wird nur dann an der Regierung bleiben können, wenn sie auch für eine Zeit der Opposition fit ist und immer fit bleibt. (Beifall.) Deshalb darf ich unserem Freunde von Brentano herzlich für das Angebot danken, das er heute Morgen gemacht hat. Ich hoffe, dass der Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion der CDU vertrauensvoll zusammenarbeiten werden, noch Vertrauensvoller als in der Vergangenheit.

Nun, meine lieben Parteifreunde, wenn die CDU aus ihrem weitgehend als unbefriedigend empfundenen Zustand herauskommen will, dann bieten sich folgende Aufgaben an:

Sie muss über die bisher üblichen formelhaften Erklärungen hinaus die politischen Sachentscheidungen vorbereiten und beeinflussen. (Beifall.) Naturgemäß kann es sich hierbei nur um Entscheidungen handeln, die Grundfragen der Politik der Christlich Demokratischen Union berühren oder für die öffentliche Meinung von großer Bedeutung sind. Nachhaltiger als bisher muss sie die politischen Entscheidungen ihrer Mitglieder in Regierungen und Fraktionen des Bundes und der Länder koordinieren und dabei auftretende Meinungsverschiedenheiten mit der ganzen Autorität der Christlich Demokratischen Union ausgleichen (Beifall.) Die Verhandlungen über die Finanzreform, eine etwaige Änderung der Finanzverfassung und die Besoldung der Bediensteten des Bundes und der Länder könnten dadurch erleichtert werden, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die Christlich Demokratische Union muss als solche Stellung nehmen zu neuen Ereignissen und wichtigen Fragen. Sie muss antworten auf Herausforderungen anderer Parteien, aber auch auf Fragen aus der Wählerschaft. Der Kanzler einer Koalitionsregierung ist an solcher Freiheit seiner Partei sicherlich mehr interessiert als der Chef eines Einparteienkabinetts. (Beifall.)

Die innerparteiliche Meinungs- und Willensbildung sollte dadurch angeregt werden, dass die Kreisparteien zur Diskussion von geeigneten politischen Fragen sowohl von der Bundesspitze wie von der Spitze der Länderorganisationen her angehalten werden. (Beifall.) Die Bundespartei ist an der Fragestellung - und der Auswirkung der innerparteilichen Diskussion maßgebend zu beteiligen, um zu erreichen, dass wir freier werden von den Ergebnissen der Meinungsumfragen (Beifall.) Dabei sollten die Kreisparteien Wert darauf legen, dass zu solchen Sachdiskussionen auch die Öffentlichkeit, auch die uns Fernstehenden und vor allem die Presse eingeladen werden.

Aus diesen Überlegungen ergeben sich für die Organisation und die Arbeit der CDU Konsequenzen: Die Einrichtung eines Studienzentrums, dem qualifizierte Sachkenner angehören, kann nicht länger aufgeschoben werden. Dabei sollten die Erfahrungen anderer befreundeter westeuropäischer Parteien verwertet werden.

In der Partei muss eine realistische und praktische politische Bildungs- und Fortbildungsarbeit betrieben werden. Die Mitglieder, der Parlamente auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene sollten tunlichst junge Leute aus dem politischen Nachwuchs zu ihren Assistenten machen, um sie in die Politik einzuführen und sich z. B. bei der Sammlung von Material, der Vorbereitung von Besprechungen und Reden zu entlasten. Unter unserem politischen Nachwuchs wird bewegte Klage darüber geführt, dass die Älteren meist keine Hilfe wünschen, weil sie alles allein machen wollen -, um dann darüber zu klagen, dass sie alles allein machen müssen. (Heiterkeit und Beifall.)

In der innerdeutschen Diskussion hat es sich eingebürgert – Herr von Hassel sprach bereits davon –, die CDU als Wählerpartei und die SPD als Mitgliederpartei zu bezeichnen. Tatsächlich hat die SPD bei geringeren Wählerzahlen doppelt so viele Mitglieder wie die CDU. Vergleicht man die deutschen Parteien insgesamt mit den Parteien anderer europäischer Länder, stellt sich heraus, dass zwischen CDU und SPD nur graduelle Unterschiede bestehen, und dass es sich in beiden Fällen um Wählerparteien handelt: Während in manchen ausländischen Parteien, z. B. in Belgien, und in Österreich, jeder dritte bis fünfte Wähler gleichzeitig Mitglied einer Partei ist, ist nach dem Ergebnis der letzten Bundestagswahl bei der SPD nur jeder 18. und bei der CDU/CSU leider nur jeder 45. Wähler zugleich Parteimitglied.

Mit besseren organisatorischen Voraussetzungen allein ist eine erfolgreiche Mitgliederwerbung nicht zu erreichen. Selbstverständlich stehen die Qualität der Organisation und der Erfolg der Mitgliederwerbung in einem engen Verhältnis. Der entscheidende Grund für das seit Jahren feststellbare Stagnieren der Mitgliederzahl liegt jedoch an anderer Stelle: Das Parteileben ist in vielen Orts- und Kreisverbänden – ich drücke mit der Courtoisie aus, der ich fähig bin – nicht übermäßig interessant und attraktiv. (Beifall.) Es beschränkt sich nicht selten auf die Erledigung von Regularien in ein- oder zweimal jährlich stattfindenden Mitgliederversammlungen. Außerdem entsteht gelegentlich der Eindruck, dass die Entscheidungen in den Orts- und Kreisparteien von einer kleinen Gruppe altgedienter Honoratioren manipuliert werden. (Beifall.)

Das bloße Bewusstsein durch die Mitgliedschaft in der CDU die Verbindung mit ihrer Politik zu dokumentieren oder durch Beitragszahlung die Partei materiell zu unterstützen, reicht als Anreiz für eine systematische Mitgliederwerbung einfach nicht aus. Die Mitglieder, und solche die es werden sollen, müssen das Bewusstsein erhalten, dass ihnen die Parteimitgliedschaft eine Chance zur praktischen Mitarbeit und einen Zugang zu intensiver politischer Information bietet. (Beifall.)

Angesichts der zunehmenden Labilität der Wählergruppen sind wir dringend darauf angewiesen, die Zahl unserer Mitglieder zu erhöhen. Damit verstärken wir auch die personelle Reserve, die wir zur Erfüllung von Aufgaben in der Union ebenso benötigen wie in Gemeinde, Land und Bund.

Bei der politischen und beruflichen Überlastung der meisten ehrenamtlichen Mitarbeiter der Union hängt eine intensive Parteiarbeit zum großen Teil von der Zahl und der Qualität hauptamtlicher Mitarbeiter ab. Die CDU sollte neben den Bundes- und Landesgeschäftsstellen mindestens in jedem Kreisverband – ich spreche von den kommunalen Kreisverbänden – über einen hauptamtlichen Kreisgeschäftsführer mit einem arbeitsfähigen Büro verfügen. (Beifall.)

Tatsächlich hat die CDU in rund 400 Kreisverbänden nur 191 hauptamtliche Kreisgeschäftsführer, zu denen allerdings 59 nebenamtliche und 39 ehrenamtliche Mitarbeiter treten. Von den 191 hauptamtlichen Kreisgeschäftsführern verfügen nur zwei Drittel über ein Büro, während in allen anderen Fällen die Kreisgeschäftsstelle in der Wohnung des

Kreisgeschäftsführers untergebracht ist, wo dann im Allgemeinen die Frau das Telefon bedient und den Schriftverkehr erledigt.

Außerdem sind die Bezahlung der Kreisgeschäftsführer und ihre berufliche und materielle Sicherstellung auf längere Sicht so unterschiedlich und in vielen Fällen so unbefriedigend, dass die Qualität der Arbeit zwangsläufig darunter leidet. (Beifall.) Bei einer solchen Situation kann nicht erwartet werden, dass die Partei Mitarbeiter findet, die in der Lage sind, in befriedigender Weise die komplizierten Aufgaben einer modernen Parteiorganisation zu lösen. So wichtig die materielle Sicherung unserer Mitarbeiter ist – ebenso bedeutsam ist das soziale Ansehen, das mit der Arbeit für die Partei verbunden ist. (Beifall.) Das lässt sich zwar nicht dekretieren und garantieren. Aber wir können dazu beitragen, indem wir unseren Mitarbeitern Anerkennung ihrer Leistung und betonte Achtung entgegenbringen.

Alle Untersuchungen über den zurückliegenden Bundestagswahlkampf zeigen, dass die Meinungsbildung der Wähler kaum durch punktuelle Werbemaßnahmen während des Wahlkampfes, sondern entscheidend nur durch eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit - ich wiederhole: kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit - beeinflusst werden kann. (Lebhafter Beifall.) Diese Öffentlichkeitsarbeit muss selbstverständlich ihre Impulse von der Bundespartei und den Landesverbänden empfangen. Sie muss zu einem wesentlichen Teil auch auf der Bundes- und Landesebene erfolgen. Sie kann aber ohne die ständige Mitwirkung der Kreis- und Ortsverbände auf die Dauer keinen Erfolg haben. (Beifall.) Ein unmittelbarer Kontakt der Partei zu ihren Wählern ist letztlich nur im Rahmen der Kreis- und Ortsverbände möglich. Die Bundespartei und die Landesverbände können nur indirekt wirken, das heißt im Wesentlichen über Presse, Rundfunk und Fernsehen. Selbstverständlich spielt diese indirekte Beeinflussung eine entscheidende Rolle. Der Wähler macht sich ein Bild von den Parteien zu einem guten Teil aus dem, was er durch Presse, Rundfunk und Fernsehen über die Partei hört. Man sollte aber nicht unterschätzen, dass dieses Bild in der unmittelbaren Begegnung zwischen Wähler und Partei wesentlich ergänzt wird. Hat der Wähler den Eindruck, dass seine Partei lediglich in den letzten sechs Wochen vor einer Wahl nach ihm fragt, wird er anders reagieren, als wenn ihm die Partei in seiner persönlichen, seiner beruflichen und seiner lokalen Umgebung ständig präsent ist. Präsent, meine lieben Parteifreunde, auch in der beruflichen Umgebung. Und das heißt vor allem: in den Betrieben. (Lebhafter Beifall.) Die Christlich Demokratische Union kann ihren politischen Auftrag als christlich soziale Partei nur erfüllen, wenn sie sich das Vertrauen der Arbeiter und Angestellten erhält - ich meine: es in ständig wachsendem Maße erwirbt.

Nun, das ist in erster Linie eine Frage an unsere Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik, zugleich aber auch ein Auftrag an die Führung und Organisation der Partei. Die Union wird es als einen Schwerpunkt ihres Programms ansehen müssen, die Arbeit und die Wirksamkeit der christlich

sozialen Arbeitnehmerschaft nachhaltig zu unterstützen. (Lebhafter Beifall.) Dazu gehört auch der Aufbau von Zellen und Stützpunkten in allen dazu geeigneten Betrieben - eine Aufgabe, die nur erfüllt werden kann, wenn die Landesverbände in verstärkter Zahl hauptamtliche Sozialsekretäre einstellen. (Beifall.)

Ich sprach von der Bedeutung von Presse, Rundfunk und Fernsehen für die Arbeit und den Erfolg unserer Partei. Es liegt an uns, meine lieben Parteifreunde - an jedem einzelnen von uns! -, die Zusammenarbeit mit Presse, Rundfunk und Fernsehen zu verbessern, um der Union in der öffentlichen Meinung ein ihrer Größe und Bedeutung entsprechendes Echo zu verschaffen. Unabhängig davon müssen wir durch verstärkte persönliche Werbung, durch Aktivität, durch rasche, prägnante, aber auch interessante Stellungnahmen, zu aktuellen Ereignissen und wichtigen Fragen mehr Interesse als bisher für uns und unsere Arbeit wecken. (Beifall.)

8. Wer das Ziel will, muss auch die Mittel wollen. Eine gut funktionierende Organisation kostet Geld - eine schlecht funktionierende ebenfalls. Nur ist das Geld in dem einen Fall gut angelegt und in dem anderen Fall zum Fenster hinausgeworfen. (Sehr wahr!) In möglichst kurzer Zeit - die Betonung liegt auf „möglichst“ - klare und gesicherte finanzielle Verhältnisse zu schaffen, ist eine der wichtigsten Aufgaben, für die ich mich mit dem Bundesschatzmeister persönlich verantwortlich fühle. (Beifall.)

Es wäre verfrüht, dazu bereits jetzt konkrete Vorschläge zu machen. Mir scheint, dass die Lösung dieses sowohl für die Arbeitsfähigkeit, wie für die Unabhängigkeit der Partei gleich wichtigen Problems in einem ausgewogenen System von gestaffelten Beiträgen, Spenden und Mitteln der öffentlichen Haushalte liegt.

9. Auch eine Demokratie lebt von dem Rang und der Kraft ihrer Führungskräfte.' Seit der Antike wissen wir: Letztlich haben sich die Herrschaftssysteme durch eigenes Versagen und durch eigene Unzulänglichkeit zugrunde gerichtet. Die Politiker sind - das kann nicht

eindringlich genug gesagt werden - für die große Mehrheit unseres Volkes so etwas wie Leitbilder. Mit Ehrgeiz oder Einbildung allein kann man weder wirksam noch glaubwürdig Politik verbreiten. (Beifall.) Es ist deshalb nötig, dass der Parteivorstand eine Übersicht über fähige und qualifizierte Männer und Frauen hat. (Sehr gut!) Es ist nötig, dass qualifizierte Mitglieder der Partei in Führungspositionen kommen. (Sehr gut!) Und mir scheint, dass unverantwortlich handelt, wer ungeeignete Parteifreunde fördert, um qualifizierte Konkurrenten auszuschalten. (Sehr gut! - Starker anhaltender Beifall.) Und es ist schließlich nötig, mutig und verantwortungsbewusst die Unfähigen aus ihren Positionen zugunsten der Guten zu entfernen. (Beifall.) Müßigkeit und Gefälligkeiten sind der Ruin jeder Gemeinschaft. (Sehr gut! - Bravo! - Starker Beifall.) - Ich weiß, es ist leicht gesagt.

10. Es ist nötig, dass - neben den Führungsqualitäten - auch der Führungswille in der Partei und bei den von ihr gestellten Mitgliedern von Regierungen und Fraktionen wächst. Je krisenhafter ein Zeitalter, um so mehr ist verantwortliche Führung nötig.

Diese feste, diese klare und mutige Führung ist auch notwendig, auf den Gebieten der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial-, Gesellschafts-, Familien- und Jugendpolitik, die im Zusammenhang gesehen betrieben werden müssen. Hier geht es - das klang durch alle Beratungen unseres Parteitages - darum, zwischen der sozialen Utopie des Versorgungsstaates, die den Ernstfall, die Katastrophe und den Notstand meint ausklammern zu können, und dem durch die Kompliziertheit und Massenhaftigkeit unserer Zeit überholten toten Liberalismus die gesunde Mitte zu finden und diese gesunde Mitte in aller Klarheit und Radikalität anzustreben. Neiderfüllte Wohlstandsunzufriedenheit, die vielfach in unseren Landen geschürt wird, ist kein Beweis für eine schlechte Sozial- und Wirtschaftspolitik, sondern Ausdruck einer schlechten Moral. (Lebhafter Beifall.)

Eine feste, klare und mutige Führung ist auch notwendig auf dem Gebiet der Kulturpolitik, die sich aus den Überlieferungen des

Rationalismus und Positivismus und aus der spezialisierten Zusammenhanglosigkeit lösen muss. Dass - und damit antworte ich auf eine vielfach hier gestellte Frage - die meisten kulturpolitischen Zuständigkeiten bei den Ländern liegen und der Bundestag von diesem Problem entlastet ist, kann für die Bundespartei noch lange kein Grund sein, kulturpolitische Abstinenz zu üben. (Zurufe: Bravo! - Lebhafter, lang anhaltender Beifall.)

Wenn ich von Führung gesprochen habe, so soll zugleich gesagt werden, dass eine demokratische Führung keineswegs mit Dirigismus oder gar mit diktatorischen Methoden verwechselt werden darf. Demokratische Führung in dieser Zeit heißt: Die jeweilige Regierung, die Parlamentsfraktionen und die Parteiführung müssen klare und zusammenhängende Konzeptionen entwickeln, und sie müssen auch kundige Berater zur Seite haben, die mit Sachkunde, Denk- und Urteilsvermögen die jeweilige Lage beurteilen und die richtigen Entschlüsse vorbereiten helfen. Führung kann es in der Vielschichtigkeit unserer Zeit nur auf der Basis bewusster- und ausgedehnter Teamarbeit geben. (Zurufe: Sehr gut! - Lebhafter Beifall.)

Dieser Führungswille muss von einem echten Reformgeist getragen sein, wie ihn zum Beispiel ein Freiherr vom Stein gehabt und mit dem er Bürger, Staat, und Verwaltung durchdrungen hat. Das heißt zugleich auch, dass wir unser Augenmerk den großen Leitbildern deutscher Geschichte zuwenden, denn ein Volk lebt aus seiner Vergangenheit und kann sie nicht ungestraft ignorieren.

11. Auch dem Staatsmann und dem Politiker kann in dieser Zeit der Unvollkommenheit volles Gelingen nicht beschieden sein. (Zurufe: Sehr richtig!) So ist es unser großer Schmerz, dass es uns bis heute versagt war, die staatliche Einheit des deutschen Volkes wiederherzustellen. Aber daran ist nicht die Fehlerhaftigkeit unserer Außenpolitik schuld, sondern der sowjetische Imperialismus, der die einmal eroberten Positionen nicht aufgeben will, auch wenn er sie nur unter Bruch von Verträgen, unter Nichtachtung der nationalen Grundrechte, unter dem

Schutz von Wachtürmen, Mauern und Stacheldraht beibehalten kann. (Lebhafter, lang anhaltender Beifall.)

Eine Alternative zu der außenpolitischen Konzeption Konrad Adenauers hat es nie gegeben. Dafür gibt es keinen eindrucksvollen Beweis als die Tatsache, dass die Erfinder angeblicher Alternativen selbst ihre papierenen Pläne - auch den Deutschlandplan unseligen Angedenkens - aufgegeben und sich in wesentlichen Stücken unserer Politik angeschlossen haben. Im Dienste um die Wiedervereinigung unseres geteilten Vaterlandes gibt es für unsere Partei eine große Aufgabe. Die Union muss dafür sorgen, dass die Wiedervereinigung nicht deswegen aufhört, unser aller großes Anliegen zu sein, weil sie durch die Härte der weltpolitischen Ereignisse zum Fernziel geworden ist. Unsere Partei muss die Verkörperung des Einheitswillens der deutschen Nation sein und sie muss werben für jene beiden Gemeinschaftstugenden, die heute allein verbürgen können, dass die Wiedervereinigung auf der Tagesordnung bleibt: Geduld und Beharrlichkeit. Auch Stillstand und Umwege dürfen uns nicht ermüden, und dazu gehört der Abbau eines unwahrhaftigen Wiedervereinigungspathos der wirklichkeitsleeren Phrase. Nationale Erregungszustände nützen uns gar nichts; nur Nüchternheit, nur Sparsamkeit mit großen Worten werden verhindern, dass die Wiedervereinigung zu einer abgegriffenen Formel wird, die am Ende niemandem mehr etwas sagt. (Lebhafter Beifall.)

Ich bin am Schluss meiner Ausführungen, meine lieben Parteifreunde. Nicht wenige werden der Meinung sein, dass meine Gedanken und Vorschläge zu ideal seien und daher nicht zu verwirklichen wären. Aber ich meine, dass Skepsis und Resignation dem Geist der Union widersprechen. Wenn wir der Union keine sogenannten idealen Forderungen mehr stellen dürfen, dann hätte sie sich bereits aufgegeben. (Lebhafter Beifall.) Im Übrigen: Ich werde mich mit Klarheit und Festigkeit gemeinsam mit ihnen darum bemühen, die Wirklichkeit dem Ideal näherzubringen.

Noch einmal greife ich das anspruchsvolle Wort von der Parteireform auf. Diese Parteireform ist nicht allein eine Sache der Zweckmäßigkeit oder gar der Optik; sie ist mehr. Sie ist eine ständige Aufgabe und ein Bemühen, das nie aufhören sollte; denn sie ergibt sich mit unbedingter Notwendigkeit aus der unaufhebbaren Spannung zwischen Idee und Wirklichkeit, die alles Menschenwerk in dieser Zeit, in dieser Welt kennzeichnet. Die Idee der Christlich Demokratischen Union und ihre Wirklichkeit - sie werden sich nie decken; aber wir haben die Verpflichtung, die Wirklichkeit so nahe wie nur möglich an die Idee heranzuführen; an die Vision der ersten Stunde.

Das wird da und dort nicht ohne Experimente abgehen. Wir müssen 'den Mut zum Wagnis haben, denn wir dürfen nicht, auf der Stelle treten. Unsere ganze Parteiarbeit ist in diesem Sinne nichts anderes als Parteireform, und deshalb kann man sie weder irgendwann einmal endgültig abschließen, noch kann man sie - lassen Sie mich das mit aller Deutlichkeit sagen - einem einzelnen Mann zur Erledigung übertragen. Wir alle sind sozusagen im Vertrag: Ohne Zusammenarbeit in der ganzen Breite der Partei können wir nichts erreichen. Und das heißt, dass wir in einer engen Solidarität zueinanderstehen und zueinander halten müssen, und erst recht dann, wenn einer unserer Freunde - vielleicht wegen hervorragender Leistungen für unsere Union und das Vaterland - unter hartem Beschuss der Gegner liegt. (Lebhafter, anhaltender Beifall.) Ohne eine sachliche und menschliche Kameradschaft kann kein Kampf bestanden werden, und Politik ist auch Kampf.

Die Christlich Demokratische Union ist keine Neuauflage der Parteien der Ersten Republik oder gar des Kaiserreiches. Sie hat für eine neue Zeit eine neue Konzeption gebracht, und sie kann nachdrücklich auf ihre Leistungen verweisen, die die Bundesrepublik zu einem entscheidenden Faktor der Stabilität in Europa gemacht haben. Die Union ist nicht verbraucht, weil sie Großes vollbracht hat. Der Stafettenstab der Verantwortung wird an andere Mitglieder der Mannschaft weitergegeben, weitergegeben zum Dienst am Vaterland. (Lebhafter Beifall.) Unsere

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

DORTMUND

Juni 1962

www.kas.de

Vergangenheit berechtigt uns zur Zuversicht, und unsere Leistungen machen unsere Versprechen glaubwürdig. Gehen wir gemeinsam - das ist mein herzlicher Wunsch und meine aufrichtige Bitte - gehen wir gemeinsam an die Arbeit. (Lebhafter, lang anhaltender Beifall.)

(Nachweis: CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): 11. Bundesparteitag der CDU 2. – 5.6.1962 in Dortmund, Hamburg o.J., S.314-325.)